

Antrag 178/I/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Trans*, inter und nichtbinäre Menschen schützen und Reisefreiheit gewährleisten**

1 Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung und die Mitglieder
 2 der SPD-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag werden aufgefordert sich gegenüber der Regierung
 3 der Vereinigten Staaten von Amerika dafür einzusetzen,
 4 dass trans*, inter und nichtbinäre (TIN*) Personen nicht
 5 aufgrund ihres Geschlechtseintrags bei der Einreise in
 6 die USA, bei der Visavergabe und während ihres Aufenthalts dort diskriminiert werden. Ebenfalls sollen die deutschen Auslandsvertretungen für die Problematik sensibilisiert werden und adäquate Hilfestellungen angeboten
 11 werden, z.B. durch eine laufend aktualisierte Internetseite mit den geltenden Regelungen für TIN*-Reisende, sowie dauerhaft besetzte Kontaktmöglichkeiten per E-Mail und Telefon für TIN*-Staatsbürger*innen, die bei der Einreise oder während des Aufenthalts in Schwierigkeiten geraten. Mit den Auslandsvertretungen der anderen EU-Staaten soll hier eng kooperiert werden. Ebenfalls soll ein Konzept entwickelt werden für den Fall, dass Doppelstaatler*innen gezwungen sind, ihren Geschlechtseinstieg in ihren US-Pässen zu ändern, sodass ihr Geschlechtseinstieg trotz dieser Divergenz in den deutschen Pässen erhalten bleibt. Insgesamt soll sich die deutsche Bundesregierung und der Deutsche Bundestag entgegen der US-Partner*innen klar zu den Rechten von TIN*-Personen bekennen, insbesondere gegenüber Staaten, die diese Rechte nicht akzeptieren.

27

Begründung

29 US-Präsident Donald Trump und seine Regierung haben
 30 angekündigt zukünftig TIN*-Identitäten nicht mehr anzuerkennen und haben in ihrem Regierungshandeln offen den Kampf gegen TIN*-Personen eröffnet. Diese menschenverachtende Politik betrifft nicht nur viele Menschen in den USA, mit denen wir uns klar und deutlich solidarisieren, sondern auch Menschen, die in die USA einreisen wollen, um dort Urlaub zu machen, Verwandte und Freunde zu besuchen oder zu arbeiten. Konkret steht die Gefahr, dass die Geschlechtseinträge auf deutschen Pässen, insb. der Eintrag „divers“, nicht mehr anerkannt werden und die Einreise oder auch Visa verweigert werden. Es ist außerdem zu befürchten, dass dies ebenfalls zu Problemen bei Kontrollen nach der Einreise führen kann. Gleichzeitig drohte die Regierung Trump, dass US-TIN*-Personen ihren Geschlechtseinstieg zurückändern müssen in den, der ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde. Dies stellt nicht nur einen inakzeptablen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht aller Menschen dar,

Empfehlung der Antragskommission**Erledigt durch 179/I/2025 (Konsens)**

48 sondern kann auch bei Doppelstaatler*innen zu Fragen
49 führen, wenn beide Pässe unterschiedliche Geschlechts-
50 einträge haben sollten. Das System Trump baut darauf,
51 durch viel Unklarheit und eine nicht enden wollende Flut
52 an reaktionären Verordnungen, Chaos und Verunsiche-
53 rung zu schaffen und man nicht weiß, ob solche oder wel-
54 che anderen Regelungen noch kommen könnten. Da aber
55 davon auszugehen ist, dass Trump und seine Regierung ih-
56 re Ankündigungen früher oder später wahr machen, muss
57 die deutsche Bundesregierung jetzt schon handeln und
58 für alle Eventualitäten vorbereitet sein.